

Mittelsächsische LinksWorte

14. August 2013

Nr. 72

7. Jahrgang



Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!
www.die-linke.de

DIE LINKE.

Gregor Gysi spricht auf dem Döbelner Markt !

Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf, DIE LINKE hat ihre Wahlkampagne gestartet. Im Mittelpunkt stehen die Themen aus dem Bundestags-Wahlprogramm, nicht Personen. Was nicht bedeutet, dass die LINKE mit ihren Spitzenleuten keine Werbung macht. Direkt von der bundesweiten Auftaktveranstaltung der LINKEN auf dem Leipziger Markt kommt Gregor Gysi am 28. August - ab etwa 18 Uhr - auf den Döbelner Obermarkt und wird gemeinsam mit dem Direktkandidaten der LINKEN für den Bundestags-Wahlkreis 161, Lothar Schmidt aus Döbeln, zu den Besuchern der Veranstaltung sprechen. Für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung und einen kleinen Imbiss ist gesorgt.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

1. Nach vorn geblickt:

Die mittelsächsische LINKE startet ihre Wahlkampagne

2. LINKSfraktion aktuell:

Die Sicht von Mitgliedern der Fraktion auf den 5. Geburtstag des Landkreises

3. Im Blickpunkt:

Der Kreisvorsitzende und sein Stellvertreter und die Mühlen der Justiz

- 2 editorial & kurzanalyse bundestagswahlen
- 3 kolumne & ehrung in holzhau
- 4/5 **titelthema 1: die heiße etappe der bundestagswahlen**
- 6/7 **titelthema 2: die kreistagsfraktion zu „fünf jahren landkreis mittelsachsen“**
- 8 **titelthema 3: neubert, rausch und die mühlen der justiz**
- 9 demokratischer sozialismus - sozialistische demokratie teil -2-
- 10 bundestagswahlen im visier
- 11 kreisvorstand aktuell & glückwünsche jahrestage september 2013
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 11. September 2013. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 4. September. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und die Zustellung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände zu spenden.
Spendenempfehlung: 1,00 Euro pro Ausgabe.
 Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften mit Polemik und kritischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht.
 Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Poststraße 9
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
 Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos:
 A • Bi • Te Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
 Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ stehen unter www.links-worte-mittelsachsen.de im Internet. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben seit 2007 verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt hat uns der Bundestagswahlkampf mit Haut und Haaren! In den vergangenen Tagen hat jeder unserer Leserinnen und Leser - wenn er Mitglied der LINKEN ist - das Sonderheft der Mitgliederzeitschrift DISPUT erhalten, welches ganz im Zeichen der Bundestagswahlen steht. Jedem Leser dürfte bei der Lektüre des interessanten Heftes klar geworden sein, dass es von nun an bis zum 22. September richtig zur Sache geht. Das bedeutet, dass auch die „LinksWorte“ im August und September von der Vorbereitung des Kreisverbandes der LINKEN auf die Bundestagswahlen geprägt sein werden. In unserer heutigen Ausgabe geht es auf den „Wahlseiten“ -4- und -5- um die inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte der Wahlen. Interessant auch die nebenstehende Wortmeldung unseres Redaktionsmitglieds Ruth Fritzsche, die an allen Bundestagswahlen als aktive Wahlkämpferin aktiv beteiligt war. Auch der Bericht zum zweitägigen Besuch von Einrichtungen des Landkreises Mittelsachsen im Rahmen der Sommertour des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Rico Gebhardt, dürfte von Interesse sein. (siehe dazu Seite -10-) Unsere Septemбераusgabe wird bereits am 11. des Monats erscheinen und deshalb unsere Leserinnen und Leser rechtzeitig vor den Bundestagswahlen erreichen. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis, dass unsere angekündigte neue, umfangreiche Serie zur jüngeren Geschichte des Landkreises Mittelsachsen in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erst nach den Bundestagswahlen im Oktober beginnen wird. Zum fünfjährigen Bestehen des Landkreises Mittelsachsen am 1. August äußern mit Gottfried Jubelt und Achim Grunke zwei weitere Mitglieder der Kreistagsfraktion der LINKEN ihre kompetente Meinung. Diese Wortmeldungen von Fraktionsmitgliedern setzen wir im September fort, bevor im Oktober die Berichterstattung vom September-Kreistag im Mittelpunkt stehen wird. Und damit biegt der Kreistag Mittelsachsen bereits in die Zielgerade zu den Kommunalwahlen ein, die gemeinsam mit den Europa-Wahlen am 25. Mai 2014 stattfinden werden. Auf „theoretisch-marxistischem Terrain“ bringen wir heute den zweiten Teil des Artikels „Demokratischer Sozialismus - sozialistische Demokratie“ unseres Redaktionsmitglieds Michael Matthes, auf dem Felde der Jurisprudenz geht es um die aktuelle Entwicklung in juristischen Auseinandersetzungen, in welchen sich der Kreisvorsitzende der LINKEN, Falk Neubert, bzw. sein Stellvertreter, David Rausch, jeweils tapfer schlagen. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie immer - viel Spaß bei der Lektüre.

bundestagswahlen seit 1990: pds bzw. linke mit positiver tendenz was kommt jetzt?

von unserem Redaktionsmitglied
 Ruth Fritzsche

Seit dem Entstehen der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in den Jahren 1989/1990 habe ich mich politisch ehrenamtlich für diese, meine Partei eingebracht.

Daraus ergibt sich, dass ich von Anfang an in die verschiedensten Wahlkämpfe einbezogen war. Begonnen hat es mit der Bundestagswahl am 01.12.1990. Die PDS zog als Gruppe mit 17 Bundestagsabgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Genosse Gregor Gysi erreichte ein Direktmandat und war damit der erste sozialistische Politiker in Deutschland, der ein solches Mandat erreichte.

Zur nächsten Bundestagswahl 1994 trat die PDS mit „Gysis bunter Truppe“ und mit dem Direktkandidaten Stefan Heym an. Er, Gregor Gysi und ein weiterer Kandidat gewannen in Berlin ihr Direktmandat und somit zog die PDS erneut, wenn auch noch nicht mit 5 %, doch aber mit einer erheblichen WählerInnenzustimmung in den Bundestag ein. Ich glaube, die von Pfarrer Hintze inszenierte Rote-Socken-Kampagne hat uns nicht schlecht geholfen. Nach Abschluss der Bundestagswahl lasen wir : Es ist raus, wir sind drin! Danach versuchte man, die PDS in den finanziellen Ruin zu treiben, was gründlich misslang.

Die 1998er Bundestagswahl schickte ihre Schatten voraus. Der SPD-Mann Gerhard Schröder wollte Kohl ablösen. Es wurde alles darauf konzentriert, SPD zu wählen. Wir aber haben uns nicht beeindrucken lassen und erreichten das erste Mal 5,1 % und somit den Fraktionsstatus. Mit 4 Berliner Direktkandidaten -z.B. Petra Pau gewann gegen Thierse den Wahlkreis Mitte - und insgesamt 35 Abgeordneten zogen wir erneut ein.

Im Jahr 2002 trat der CSU-Mann Stoiber gegen Schröder als Bundeskanzler an. Seitens der PDS wurden Fehler gemacht, aber auch die Mehrzahl der Ostwähler lehnte Stoiber ab. Die Wahl gewann Schröder und wir gingen mit 4 % und nur 2 Direktkandidatinnen leer aus. Das war eine bittere Lehre für uns und machte auch deutlich, dass wir als Ostpartei den Westen nicht erreichen.

Herausgefordert durch die „Agenda 2010“ von SPD-Kanzler Schröder entstand im Westen die WASG. Das durch Oskar Lafontaine und Gregor Gysi bewirkte Zusammengehen zwischen WASG und PDS und durch die von Schröder 2005 erzwungene Neuwahl zogen wir als Linkspartei-PDS mit 8,7 % in den Bundestag ein. Den Höhepunkt erreichten wir als Partei DIE LINKE mit 11,9 % im Jahre 2009. Dies muss nun unser Anspruch für 2013 sein.

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
meinungsbeitrag**

Im soeben erschienenen und an alle Mitglieder der LINKEN gegangenen Sonderheft der Mitgliederzeitschrift DISPUT zur Bundestagswahl ist auch der Wortlaut eines Gesprächs mit dem jungen, dynamischen Chefredakteur der Tageszeitung „neues deutschland“, Tom Strohschneider, enthalten. Darin geht es um Wörter und Sätze, besser gesagt, um die eigene Sprache einer linken Zeitung. „Aufhänger“ für die - übrigens im gesamten Gespräch m. E. sehr konsequente - Fragestellerin war die folgende im „neuen deutschland“ veröffentlichte Meldung: „Am Ende ging der Nickei mit einem Verlust von 1.143,28 Punkten oder 7,32 Prozent bei 14.483,98 Punkten aus dem Markt. Zu den Einbußen trug eine Abschwächung des Dollars zum Yen auf das Niveau von 101 Yen bei.“ Die logische, daraus resultierende Fragestellung: Sind das richtige Töne in einer sozialistischen Tageszeitung? Oder die Verwendung solcher Begriffe, wie „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“, „Rettungspaket“ und „Schuldenbremse“. Oder auch die Zuordnung eines „strömungspolitischen“ Konflikts bei der LINKEN zwischen „Reformern“ (was heißt eigentlich „Reform“ im politischen Kontext?) und „Fundamentalisten“ (was ist eigentlich „fundamental“ im politischen Sinne?). Strohschneider gibt Antworten. Natürlich - so argumentiert er - sollte eine sozialistische Tageszeitung mit Blick auf die kapitalistische Gesellschaft auch die Börsen im Blick haben, sich mit den nationalen und internationalen Krisenerscheinungen beschäftigen und die Spannweite und Vielfalt der LINKEN im Auge haben. Aber immer verbunden mit eigenem Hinterfragen, mit eigenen Hintergründen zu den Meldungen. Und stets mit der Kritik an der vorherrschenden Rhetorik und den vom vorherrschenden Journalismus geprägten Begriffen. Da ist man geneigt, zu ergänzen: Möge das auch in den Gehörgängen eines manchen nd-Redakteurs landen!

Nun backen wir, das kleine Redaktions-Team (oder besser -Kollektiv?) der „LinksWorte“, natürlich viel kleinere Brötchen als das „neue deutschland“. Aber Anregungen für unsere journalistische Arbeit gibt es uns allemal. Es geht darum, unsere politischen Inhalte mit unserer linken politischen Handschrift zu vereinen und das „originär Linke“ noch mehr in den Mittelpunkt zu rücken. (hw)

von Hans Weiske

Unter die im Internet über Wikipedia abrufbaren Informationen über die standhafte antifaschistische Widerstandskämpferin Hilde Coppi hat es der kleine Gedenkstein am „Torfhaus“ in Holzhau noch nicht gebracht. Aber in jedem Jahr am 5. August trifft sich hier die RotFuchs-Regionalgruppe Freiberg im Gedenken an Hilde Coppi. Wie aber kommt ein Gedenkstein für Hilde Coppi zum „Torfhaus“ abgelegen in den weiten Wäldern um Holzhau? Lothar Hunger vom RotFuchs klärt auf: Das auf dem Kamm des Erzgebirges mitten im Wald über Holzhau gelegene alte „Torfhaus“ wurde zu DDR-Zeiten eine Jugendherberge, welche man 1973 durch einen Neubau erweiterte. Die Jugendherberge erhielt den Namen „Hilde Cop-

pi“. Ihr zum Gedenken wurde auch der Gedenkstein aufgestellt.

Nach der politischen Wende schien Hilde Coppi vergessen. Erst herrschte verdächtige Ruhe am „Torfhaus“, dann versuchten neue Herren mit Fördermitteln im Wald von Holzhau etwas Neues, scheiterten aber kläglich. Dabei hatte eine antifaschistische Widerstandskämpferin keinen Platz mehr.



Die große Marmortafel mit dem Namen von Hilde Coppi wurde zerschlagen aufgefunden, der Gedenkstein landete im sumpfigen Gelände, wo er von den jetzigen Besitzern der „Pension Torfhaus Wander- und Bikestati-

on“, Kerstin Stopp und Jörg Troll, gefunden wurde und einen würdigen Platz fand, an dem auch die jährliche Ehrung von Hilde Coppi durch die Regionalgruppe des RotFuchs stattfindet.

Berührend, als Lothar Hunger den letzten Brief von Hilde Coppi an ihre Mutter verlas. Da war ihr Mann Hans Coppi - am 22. Dezember 1942 - bereits ermordet worden. Das Ehepaar Coppi wurde am 12. September 1942 verhaftet, Hilde Coppi war schwanger und brachte am 27. November ihren Sohn Hans zur Welt. Hitler lehnte im Juli 1943 ein Gnadenersuchen von 17 im Strafsachenkomplex „Rote Kapelle“ zum Tode verurteilten Antifaschisten, darunter von Hilde Coppi, ab. Sarkastische Gnade der Nazis: Hilde Coppi durfte ihr Kind noch einige Tage stillen, bevor die junge Mutter am 5. August 1943 von den Hitlerschergen in Berlin-Plötzensee durch das Fallbeil enthauptet wurde.

im gespräch mit professor horst schneider

Die gleiche Tradition, wie die jährliche Ehrung von Hilde Coppi (siehe den obenstehenden Artikel) für die Freiburger Regionalgruppe des RotFuchs das anschließende Zusammensein mit einem Gespräch zu aktuellen politischen Fragen. Diesmal hatte die Gruppe den renommierten Dresdner Historiker Professor Horst Schneider gewonnen. Schneider lehrte von 1980 bis 1990 an der Pädagogischen

In der Nachwende-Zeit war er Mitglied des Dresdner Stadtrates

der PDS an. Zu DDR-Zeiten war Horst Schneider nach eigenen Worten an der Erarbeitung des Dialog-Papiers SED-SPD beteiligt. Zu seinen seit 1992 vorgelegten und empfehlenswerten Publikationen gehören u.a. „Unter dem Dach der Kirche - „Bürgerrechtler“ in der DDR“ sowie „Hysterische Historiker - Anmerkungen zum Diktaturenvergleich - vom Sinn und Unsinn eines verordneten Geschichtsbildes“. Schneiders Thema in Holzhau, zu dem sich eine interessante Diskussion entspannt: „Was



Professor Horst Schneider während seines Vortrags im „Torfhaus“ Holzhau. In der Hand hält er neben seinem Manuskript eine Broschüre über das Treffen des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow mit Bundeskanzler Kohl am 19./20. Dezember 1989 in Dresden.

Hochschule Dresden im Fach „Geschichte der neuesten Zeit“.

und bis 1997 gehörte er dem Ältestenrat beim Vorsitzenden

wäre von einer sozialdemokratischen Regierung zu erwarten?“

der bundestagswahlkampf 2013 geht in seine heiße etappe - die linksworte berichten

das wahlprogramm 2013 der linken

die themen der linken - kompakt und konkret

Am 22. September
DIE LINKE.

100% SOZIAL
DIE LINKE.

Damit soziale Gerechtigkeit eine Chance hat –
10 Punkte für eine solidarische Politik

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,
Sie wollen mitentscheiden, wohin die Reise
geht? Gehen Sie unbedingt am 22. September

heranzuziehen. Wir brauchen keine
Gesellschaft, in der die Angst vor Armut
und Abstieg regiert. Menschen gegen...

100% SOZIAL

www.100-Prozent-sozial.de

Das Wahlprogramm der LINKEN wurde auf dem Bundesparteitag in Dresden beschlossen. Nach intensiver und sachlicher Diskussion, bei guter Stimmung unter den Delegierten und fast einmütig. Nach Wertung des Bundeswahlleiters Matthias Höhn ist DIE LINKE damit die einzige Partei, die unter der Überschrift „Soziale Gerechtigkeit“ ein politisches Angebot mit einem Gerechtigkeitsverständnis für alle unterbreitet. Das Wahlprogramm verkörpert die Spannweite und Vielfalt der Partei, wobei gerade diese Vielfalt die große Stärke der LINKEN sein kann, wenn sie produktiv gemacht werde. Das Wahlprogramm umfasst 86 Seiten und - was für den gründlichen Leser eine große Hilfe sein dürfte - wird ergänzt durch ein umfassendes Stichwortverzeichnis. Die Länge des Programms begründet Höhn vor allem mit der Tatsache,

dass mit einem Wahlprogramm viele und sehr verschiedene Interessengruppen bedient werden. Außerdem sei das Wahlprogramm auch die Geschäftsgrundlage der Bundestagsfraktion für die kommenden vier Jahre. Und da seien - zumindest in Grundzügen - inhaltliche Schwerpunkte und Linien vorzuzeichnen. Neben dem „Original-Programm“ in Papierform und als „Langfassungs-Download“ steht eine **Kurzfassung** als zweiseitiger Flyer (nebenstehend redaktionell gekürzte Auszüge) bzw. zum Download und im Internet auch als Audio (mit Computerstimme, wahlweise männlich bzw. weiblich) zur Verfügung. In der Sonderausgabe des **DISPUT** (siehe Seite -12-) ist auf den Seiten 19 bis 27 eine **Zusammenfassung des Wahlprogramms mit Anmerkungen, Anstreichungen, Gedanken zum Text und Ideen** für den Wahlkampf enthalten.

- ◇ DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Das beginnt mit einem flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** von 10 Euro die Stunde. Mit Niedriglöhnen, Leiharbeit, dem Missbrauch von Werkverträgen, mit Mini- und Midijobs wollen wir Schluss machen und diese schlechten Arbeitsverhältnisse in tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln.
- ◇ Wir sagen: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Deshalb wollen wir dieses System abschaffen und ein Konzept für eine **Mindestsicherung** vorgehen, bei der niemand unter 1.050 Euro Einkommen fällt. Kurzfristig sollen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro steigen.
- ◇ Die **Rente** muss den Lebensstandard im Alter sichern. Wir schlagen vor, das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben. Um Altersarmut zu verhindern, wollen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro einführen.
- ◇ Löhne und Renten sind in **Ostdeutschland** immer noch niedriger als im Westen. Diese Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.
- ◇ Hohe Einkommen sollen - wie zu Helmut Kohls Zeiten - mit 53 Prozent besteuert werden. Außerdem brauchen wir eine **Millionärssteuer**.
- ◇ Wir wollen eine **solidarische Gesundheitsversicherung**: eine für alle. Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abgeschafft.
- ◇ Wir wollen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern stoppen und **Mietpreise** begrenzen. Wir brauchen mehr Wohnungen mit Sozialbindung.
- ◇ Eine **Energiewende** wird erst richtig nachhaltig, wenn die Versorgung mit Strom und Wasser als Grundrecht garantiert ist und Energie durch soziale Staffelung bezahlbar bleibt.
- ◇ Es wird Zeit, dass endlich die zahlen, die von der Krise profitiert haben. Die **Banken** und Finanzmärkte müssen kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden.
- ◇ Ohne **Frieden** ist alles nichts. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Und Waffenexporte nur besser zu kontrollieren, das reicht nicht: Nur ein Verbot wirkt.

über die wahlvorbereitung der linkspartei im bund, im land und im landkreis mittelsachsen

die bundesweite wahlkampagne der linken

Wir werden uns nicht hinter irgendwelchen Floskeln verstecken, sondern gehen mit klaren politischen Forderungen in den Wahlkampf“ - so der Wahlkampfleiter und Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn. DIE LINKE wolle einen Wahlkampf ohne großes Geld machen, welcher von der Präsenz im öffentlichen Raum lebe. „Wir wollen uns zeigen, mit unseren Mitgliedern, mit unserem inhaltlichen Angebot. Und manchmal auch mit ein bisschen Witz.“

Dabei gibt es - so Höhn weiter - eine klare Ansage:

Themen vor Personen

Bei den Themen wird auf klare, übersichtliche Botschaften gesetzt, damit alle wissen, worauf sie sich bei der LINKEN verlassen können und was ihnen angeboten wird. Also klar in der Ansage, ohne da-

bei nüchtern und kalt zu wirken. Die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien wird zugespitzt und der Finger in die Wunde gelegt. Was SPD und Grüne nicht tun, das macht DIE LINKE: Sie sucht die direkte Konfrontation mit der Regierungspolitik von CDU und SPD. Dagegen versucht die SPD den Spagat, sich als Oppositionskraft zu präsentieren, ohne diese in Wirklichkeit zu sein.

Das bedeute nicht, dass nicht auch mit Personen, mit den politische Spitzenleuten der LINKEN Werbung gemacht wird. So werden auch Personenplakate der acht Mitglieder des „Spitzenteams der LINKEN für soziale Gerechtigkeit“ präsentiert. Sie stehen als Botschafterinnen und Botschafter für das Wahlprogramm der LINKEN. Sie stehen aber auch für die wichtigen Themen, für die 10 Punkte der LINKEN für eine solidarische Politik.

Weitere Informationen zur Wahlkampagne auf Seite -10-



Fünf der acht bereitstehenden Themen-Plakatmotive für die Wahlkampagne 2013 der LINKEN, gestaltet von einer Berliner Agentur. Thematisiert werden Mindestlohn, Mindestrente und Mindestsicherung, gegen Krieg und Waffenexporte, für eine gerechte Umverteilung von Reichtum, für bezahlbare Preise bei Energie und Miete, gegen die Zwei-Klassen-Medizin, also die nebenstehenden Schwerpunkte für solidarische linke Politik.

höhepunkte des wahlkampfes in mittelsachsen

Unser Ausschnitt aus dem Sonderheft des DISPUT (siehe dazu auch Seite -12-) zeigt einige markante Wahlkampftermine im Überblick. Darunter die Auftaktveranstaltung am 28. August auf dem Leipziger Markt und die Abschlussveranstaltung am 20. September auf dem Berliner Alexanderplatz. Besonders hervorgehoben unser mittelsächsischer Wahlkampf-Höhepunkt am 28. August. Direkt vom Auftakt in Leipzig kommt Gregor Gysi auf den Döbelner Obermarkt. Mit dabei natürlich auch der Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis 161, Lothar Schmidt.



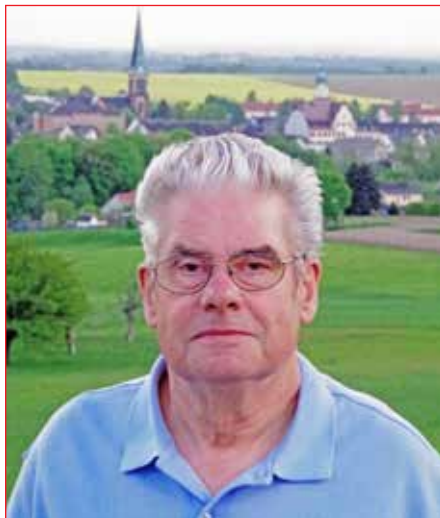
Weitere Termine und Veranstaltungen in Mittelsachsen:

- ◇ Die Sommertour des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Rico Gebhardt, machte - kurz vor Redaktionsschluss - am 7. und 8. August Station in Niederwiesa, Frankenberg und Rochlitz (dazu ausführlich auf Seite -10-)
- ◇ Zu öffentlichen Mitgliederversammlungen und anderen politischen Veranstaltungen kommen Rico Gebhardt nach Rochlitz (8. August), MdB Sabine Zimmermann nach Flöha (26. August) und der stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN, Axel Troost nach Freiberg (27. August)
- ◇ Die Kochtour mit dem langjährigen Fraktionsvorsitzenden der sächsischen LINKEN, Peter Porsch, und Parteivorstandsmitglied Stefan Hartmann macht zwischen dem 2. und 20. September in jedem sächsischen Landkreis mindestens einmal halt. Am 3. September kommen sie auf den Markt von Mittweida. Mit dabei auch der Kreisvorsitzende und MdL Falk Neubert, übrigens gelernter Koch und deshalb als „Ergänzungsspieler“ für die Kochtour bestens geeignet.
- ◇ Die sächsische Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl, Katja Kipping, macht im Rahmen ihrer sächsischen Wahltour vom 10. bis zum 21. September am 19. September Station in Döbeln, Rochlitz und Freiberg. Mit dabei MdB Jörn Wunderlich und Lothar Schmidt.

der landkreis mittelsachsen ist am 1. august fünf jahre alt geworden -



Gottfried Jubelt, Augustusburg



Rainer Eckert, Geringswalde



Achim Grunke, Freiberg

von Gottfried Jubelt

Bei dem von „oben“ verordneten Zusammenschluss ging es ausschließlich darum, den Freistaat und seine klamme Kasse zu entlasten! Die berechtigten Interessen der Bürger haben dabei eine vollkommen untergeordnete, wahrscheinlich aber überhaupt keine Rolle gespielt. Am schlechtesten war es für die Bürger des Altkreises Döbeln, denn die hatten ja bis dato noch keinerlei „Fusionserfahrungen“.

Über dem Volk versprochene Synergie- bzw. gar finanzielle Effekte wird gleich gar nicht gesprochen; da es keine gibt. Interessant finde ich auch, dass z.B. der 1. Beigeordnete, Dr. Grätz, nach wie vor in seiner Amtsstube in Döbeln residiert; es steht eben bloß nicht mehr Landrat auf dem Türschild.

Viel Aufwand und Ärger gab es mit der nicht enden wollenden Umzieherei von Ämtern und Bereichen für die Bürger, aber auch für die Mitarbeiter. Ich bin mir sicher, dass das noch nicht abgeschlossen ist.

Dazu kommt zumindestens aus meiner Sicht, dass der Personalbestand in der neuen Großverwaltung viel zu hoch ist. Das liegt u.a. auch daran, dass ja nicht nur das Personal aus den

Altkreisen übernommen werden musste, sondern auch noch Personal aus ehemaligen Landesbehörden, die natürlich alle das Schild „unkündbar“ auf dem Rücken haben.

Für die ersten zwei Jahre im neuen Kreis kann ich das eventuell noch irgendwie akzeptieren, aber dann ist die Schonzeit vorbei!

Jetzt ist es leider so, dass der Landrat seine Verwaltung gerne als Dienstleistungsunternehmen für die Bevölkerung darstellt. Wenn es aber darum geht, wie in einem richtigen Unternehmen die Effizienz zu verbessern und eventuell auch Personal bzw. Personalkosten zu sparen; dann mutiert der Landrat zur Glücke, die ihre Schar mit allem was sie hat verteidigt; da hat er dann eine „Vorsorgepflicht“ für alle seine Mitarbeiter! In erster Linie hat er aber für den Landkreis und seine Bevölkerung da zu sein!!

Der neue Landkreis brauchte natürlich auch einen neuen Kreistag, der natürlich auch entsprechend größer wurde. Mit 19 Abgeordneten stellen wir zwar die zweitgrößte Fraktion, aber an den Abstimmungsergebnissen hat sich vom Grundsatz her nichts geändert, da natürlich auch die anderen Fraktionen größer geworden sind. Interessant finde ich, dass die Herkunft der Abgeordneten aus den verschiedenen Altkreisen bei Abstimmungen grundsätzlich

keine Rolle spielt. Eine Ausnahme war das „Gezerre“ um die KFZ – Kennzeichen. Auch wenn damals das „FG“ knapp gewonnen hatte; ist das heute schon wieder Makulatur.

Dass der neue Landkreis sich der Verantwortung für die Schülerbeförderung entledigt und auf den Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) übertragen hat, kann ich nur aus Flucht aus der Verantwortung bezeichnen. Die aktuelle Quittung dafür sieht so aus, dass der Elternanteil für das Verbundticket von 80,-€ auf 145,-€ für das Schuljahr 2013/14 gestiegen ist! Es gibt zwar beim VMS einen Beirat „Schülerbeförderung“; der ist aber nicht viel mehr als ein demokratisches Feigenblättchen. Ich sage das aus eigener Kenntnis und Erfahrung, da ich dort Mitglied bin.

Andererseits ist es durchaus so, dass mit dem neuen Landkreis die Möglichkeit geschaffen wurde, die bisher in den 3 Altlandkreisen vorhandenen kommunalen Verkehrsbetriebe zu verschmelzen. Der Zusammenschluß zur Regiobus Mittelsachsen GmbH war für die Verkehrsbetriebe Döbeln die letzte Rettung. Das ist ein Beispiel, für einen positiven Effekt des neuen Landkreises.

Für die 3 Krankenhäuser in Frankenberg, Mittweida u. Rochlitz war die Ausgangssituation

eine ähnliche. Hier ist die Entwicklung aber anders gelaufen. Frankenberg wurde ins abseits gedrückt und Mittweida hat sich bis 2012 zum Vorzeigeobjekt für Missmanagement entwickelt. Dass diese Entwicklung weder Aufsichtsrat noch Gesellschafterversammlung mitbekommen haben will ist mir persönlich zwar schleierhaft, aber es ist Geschichte. Jetzt muss es uns darum gehen, dass das Haus in Frankenberg stabilisiert und entwickelt wird.

Die Konzeption der Stadt, die unserer Fraktion vom CDU – Bürgermeister Firmenich vorgestellt wurde, hat unsere volle Anerkennung gefunden. Die Veranstaltung war ein Beispiel dafür, dass in praktischen Fragen durchaus eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der CDU und der Linken möglich ist.

von Rainer Eckert

Über das Gebilde und die Effektivität des vor fünf Jahren geschaffenen Landkreises Mittelsachsen kann sich jeder Bürger seine spezielle Meinung bilden. Kritiker sollten sich darüber im Klaren sein: Auch diese Kreisgebiets- und Verwaltungsreform wurde von politischen Mehrheiten auf den Weg gebracht – sie ist

weitere fraktionsmitglieder melden sich zu wort

letztendlich ebenfalls das Ergebnis von Wahlen. Nun müssen wir pragmatisch herangehen. Unsere Kreistagsfraktion realisiert das u.a. von Anfang an mit logischen Vorschlägen und Anträgen für eine effiziente Arbeit der Verwaltung im Bürgerinteresse. Die drei festgelegten Standorte erscheinen mir unter Nutzung der IT-Angebote ausreichend und zumutbar.

Freiberg repräsentiert als Kreisstadt mit seiner Einwohnerzahl, als Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort den Landkreis. Eine weitere Konzentration von Aufgaben in dieser Stadt bei vorhandenen Kapazitäten im Kreisgebiet wäre anderen Zentren gegenüber ungerechtfertigt. Mit der ganzen Aufregung um Kfz.-Kennzeichen gelang es, Menschen von wesentlich bedeutenderen Themen abzulenken. Ich bekenne mich mit Stadtwappenaufkleber links neben dem hinteren PKW-Nummernschild zu meiner Heimatstadt Geringswalde. Übrigens: Was sollen die längst überholten Sonderregelungen für mehrere Orte als „Große Kreisstadt“? Deren wohl Kleinste hier hat gerade einmal ca. 6500 Einwohner, aber alle Privilegien!

Leider sind Fachkompetenz und Lebenserfahrungen in unserem Kreistag nicht immer maßgebend. Dieser Parteien-Hickhack oftmals mit Fraktionszwang verbunden wie seit zwei Jahrzehnten praktiziert dient nicht dem Vorankommen für die Allgemeinheit.

Ich gehöre dem Verwaltungs- und Finanzausschuss an und bin Mitglied der Versammlung des KSV Kommunalen Sozialverband Sachsen, der Gesellschafterversammlung der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH und konnte im Beratenden Ausschuss zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie im Örtlichen Beirat SGB II des heutigen Jobcenters mitarbeiten. Allein das Studium der ausgereichten Dokumente, ein kritisches Hinterfragen und nicht zuletzt die Zusam-

menkünfte der Gremien erfordern viel Aufwand. Leider bleibt als übler Beigeschmack manchmal der Eindruck einer Alibi-Funktion. Demokratische Kontrolle ist kaum möglich und vielleicht auch nicht gewollt.

von Achim Grunke

Die Verwaltungsreform von 2008 in Sachsen war zugleich eine Kreisgebiets- und eine Funktionalreform: es wurden größere Landkreise gebildet und diesen größeren Landkreisen wurden vom Land Sachsen zusätzliche Aufgaben übertragen. Mit der Reform sollten folgende Ziele erreicht werden: „1. Weniger Bürokratie, 2. Mehr Bürgernähe, 3. Niedrigere Verwaltungsausgaben“. So stand es damals in einer nett aufgemachten Broschüre des sächsischen Innenministeriums.

Ob es seither weniger Bürokratie gibt, dürfte schwer einzuschätzen sein. Dass ausgerechnet mit den neuen Landkreisen als größeren Verwaltungseinheiten mehr Bürgernähe entstanden sein soll, ist kaum vorstellbar, dazu braucht es wohl viel Fantasie. Dass bei sinkender Bevölkerungszahl die Kosten für die Verwaltung zu senken sind, um die finanziellen Mittel besser in Bereichen einzusetzen, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zugute kommen, scheint plausibel zu sein. Doch wo bleibt dann das Geld etwa für Kindergärten, Schulen, Kultur und Hochschulen? Und wo haben sich denn die finanziellen Spielräume für freiwillige Aufgaben der Landkreise verbessert?

Selbst der Sächsische Städte- und Gemeindegeld schätzt in seinem Strategiepapier „Kommune 2020“ dazu ein: „Seit 2008 hat sich die strukturelle Situation der Kreishaushalte deutlich verschlechtert, was auch auf die Verwaltungsreform zurückzuführen sein dürfte.“ Jedoch besteht keine realistische Aussicht, dass etwa die Kreisgebiets- und eine Funktionalreform wieder zurückgenommen wird. Auch ein Be-

klagen des Zustands hilft allein nicht weiter. Erforderlich ist eine unabhängige, vorurteilsfreie Analyse und Evaluierung der Verwaltungsreform und der erzielten Synergieeffekte, insbesondere um die Auskömmlichkeit des ehrbelastungsausgleichs bewerten zu können, den die Landkreise für die vom Freistaat durch die Verwaltungsreform übertragenen Aufgaben erhalten.

Um ihre Finanzprobleme zu lösen, haben die Landkreise – so auch Mittelsachsen – die Kreisumlage anheben müssen, also sich mehr Geld bei ihren Städten und Gemeinden holen müssen. Das kann keine Lösung sein. Das Land Sachsen muss für eine ausreichende Finanzierung der auf die Landkreise übertragenen Aufgaben sorgen. Die Kreisumlage kann kein Rettungsschirm für jegliche Finanzierungsprobleme der Landkreise sein.

Um für Bürgerinnen und Bürger lange Wege möglichst zu vermeiden und eine bürgernahe Verwaltung zu organisieren, müssen die Landkreise stärker als bisher mit ihren Städten und Gemeinden zusammenarbeiten, um etwa gemeinsam bestimmte Verwaltungsdienstleistungen anzubieten. Dazu könnten gemeinsame Bürgerbüros eingerichtet werden. Denkbar wäre auch die Einrichtung multifunktionaler Bürgerläden oder auch mobiler Bürgerläden.

Termine:

- 18.09.2013:** Fraktionssitzung in Vorbereitung des Kreistages
- 25.09.2013:** Kreistag
- 28.09.2013:** Fraktionswandertag
- 30.09.2013:** Informationsveranstaltung für Stadt- und Gemeinderäte sowie Nachfolge kandidaten in Cunnersdorf

U18 - Chance und Alternative für die Jugend

Dass Politikverdrossenheit unter jungen Menschen stark verbreitet ist, ist ein Zustand, welcher früher oder später zu einem echten Problem wird.

Wenn man in die Reihen der Berufspolitiker schaut, ist in nahezu jedem Parlament ein Altersdurchschnitt jenseits von 45 Jahre zu verzeichnen.

Somit rücken bei vielen der älteren Parlamentarier auch die Sorgen und Probleme der Kinder und Jugendlichen in den Hintergrund. Für Andere wird auch von vornherein mangelnde Kompetenz der jungen Menschen erwartet.

Aber wie sollen sie auch Erfahrungen im politischen Alltag sammeln, wenn sie keine Möglichkeit haben sich damit real auseinanderzusetzen. Oftmals werden Kinder- bzw. Jugendprojekte auch gleich im Keim erstickt, da dies manchmal auch ein bisschen Lärm bedeutet. Gerade in überalterten Kommunen scheint dies ein großes Problem zu sein, doch Fakt ist, das solche Kommunen auch irgendwann aussterben. Denn wo keine Angebote für Kinder und Jugendliche sind, werden auch viele Jugendliche wegziehen, die eigentlich für die neue Generation sorgen sollten.

Ein weiteres Argument: Die unter 18jährigen dürfen ja eh nicht wählen und gehören somit nicht zu denen, die am Wiedereinzug ins Parlament beteiligt sind. Somit gehören sie auch nicht zur Zielgruppe derer, deren Interessen es sich lohnt, zu vertreten. Dass aber genau diese Altersgruppe es ist, die mit Ihren Anregungen, mit ihrer Kritik und vor allem ihrem Engagement viel bewegen kann, gerät dabei meist in den Hintergrund.

Schade.... denn es ist ja genau ihre Zukunft, über die Ältere Beschlüsse fassen. Und damit das nicht so bleibt, sind Jugendparlamente ohne Zweifel ein Anfang. Besser wäre noch, das Wahlalter zu senken.

Am 22. September haben Menschen unter 18 die Möglichkeit, in den Kommunen, darunter auch in Geringswalde und in Rochlitz, zur Bundestagswahl zu gehen und Ihre Stimme abzugeben. Der Kreisverband von solid unterstützt diese Aktion und wird teilweise in den Wahllokahlen mithelfen.

falk neubert, david rausch und die mühlen der rechtssprechung in diesem lande



Die scheinbar endlose Geschichte um den Kreisvorsitzenden der LINKEN und MdL Falk Neubert - auf unserem Bild im Sächsischen Landtag im Gespräch mit Fraktionskollegin Freya-Maria Klinger aus Chemnitz - als „rechtswidriger Blockierer eines genehmigten Neonazi-Aufmarschs“ am 19. Februar 2011 in Dresden geht weiter. Er lehnt einen gegen ihn verhängten Strafbefehl ab. Wir informieren über den aktuellen Stand.



Der stellvertretende Kreisvorsitzende der LINKEN David Rausch. In Händen hält er eine Bilddokumentation der Vorgänge vom 13. April 2012, als er - gemeinsam mit Robert Sobolewski - beim Plakatieren für eine Kreisdelegiertenkonferenz mit Katja Kipping von einem stadtbekanntem Nazi angegriffen und verletzt wurde. Dennoch gab es gegen Rausch und Sobolewski ein Ermittlungsverfahren, welches eingestellt werden musste.

Die im „neuen deutschland“ gedruckte **dpa-Meldung** - übrigens auch von einigen bürgerlichen Blättern wiedergegeben - hat folgenden **Wortlaut:**

Der sächsische Landtagsabgeordnete der Linkspartei, Falk Neubert, lässt es im Streit um die Versammlungsfreiheit auf einen Prozess gegen sich ankommen. Er werde einen gegen ihn verhängten Strafbefehl wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz nicht akzeptieren, erklärte Neubert am Freitag. (dem 2. August; Anmerkung der Redaktion) Das Amtsgericht Dresden bestätigte, dass der Strafbefehl am 23. Juli erlassen wurde. Neubert hatte sich am 19. Februar 2011 an der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsches in Dresden beteiligt. Sachsens Justiz wertet solche Aktionen als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und somit als Straftat.

Falk Neubert erklärte am 2. August u.a., das es ihm nicht darum gehe, die vom Amtsgericht angedrohte Geldstrafe zu vermeiden. Viel mehr sei er davon überzeugt, dass sein Handeln am 19. Februar 2011 vom Grundgesetz gedeckt und nicht strafbar war. „Ich bin entschlossen, vor Gericht gegen die Kriminalisierung friedlicher Anti-Nazi-Proteste zu kämpfen, auch stellvertretend für die

vielen anderen Menschen, die gewaltfrei gegen Nazis demonstriert haben und nun den Verfolgungsmaßnahmen der sächsischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt sind.

Ziel des abgelehnten Strafbefehls sei es, die in Sachsen praktizierte strafrechtliche Verfolgung friedlicher Anti-Nazi-Proteste zu stoppen, erklärte Falk Neuberts Anwalt **André Schollbach**. Schollbach ist auch Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat von Dresden. „Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird. Wenn nötig, gehen wir mit diesem Fall durch alle Instanzen.“ Der Dresdner Jurist war in Sachen „19. Februar 2011“ schon mehrfach erfolgreich. Unter anderem erreichte er, dass die Razzia im „Haus der Begegnung“ und die Ausforschung hunderttausender Handydaten im Nachgang für rechtswidrig erklärt werden mussten.

Anmerkung der Redaktion: Der Sitz-Protest gegen die Neonazis - an welchem Falk Neubert teilnahm - liegt inzwischen 30 Monate zurück. Als ihm im Herbst des vergangenen Jahres die Immunität als Landtagsabgeordneter aberkannt wurde (wir dokumentierten im Oktoberheft seine Rede), musste selbst die bürgerliche Presse darüber berichten. In unseren Heften vom Februar und Juni dieses Jahres berichteten wir über „das langsame Mahlen der Mühlen der Justiz“ im Falle Falk Neubert.

David Rausch informierte die Redaktion, dass voraussichtlich im September vor dem Amtsgericht Döbeln ein weiteres Verfahren gegen den stadtbekanntem Neonazi Michael M. stattfinden wird. Er werde dabei in Abstimmung mit seinem Anwalt **Klaus Bartl** gemeinsam mit **Robert Sobolewski** als Nebenkläger auftreten.

Nachdem die Bundestags- und die Landtagsfraktion der LINKEN (in welcher Klaus Bartl Mitglied ist) in vergangenen Prozessen gegen David Rausch und andere solid-Aktivistinnen bereits umfassende Prozesskosten-Unterstützung gewährt hätten, könne man auch diesmal auf Unterstützung bauen. Die Bitte um finanzielle Unterstützung der Nebenklage richtet sich in diesem konkreten Fall aber auch an die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes der LINKEN. Immerhin haben David Rausch und Robert Sobolewski Kopf und Kragen bei der Vorbereitung einer Veranstaltung des Kreisverbandes riskiert.

Für unsere Leserinnen und Leser nochmals zur Vorgeschichte: Am 13. April 2012 wurden David Rausch, Robert Sobolewski und weitere solid-

Mitglieder beim Plakatieren für den Auftritt der Parteivorsitzenden **Katja Kipping** auf dem Kreisparteitag am 21. April in Geringswalde/Hoyersdorf von dem stadtbekanntem Nazi Michael M. brutal angegriffen und verletzt. Der Tathergang fand in der regionalen Presse zunächst Eingang als „Prügelei von Geringswalde“. Gegen David Rausch und Robert Sobolewski wurde von der Gegenseite ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung angestrengt. Im Rahmen dieses Verfahrens traten u.a. der M. und seine damalige Freundin auf. Mit Schreiben vom 10. Dezember 2012 teilte die Staatsanwaltschaft Chemnitz mit, dass das Ermittlungsverfahren eingestellt wurde, da den beiden Beschuldigten lediglich in Notwehr gehandelt hätten.

Inzwischen hat es am Landgericht Chemnitz ein Verfahren gegen M. gegeben, in welchem dieser zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte sich mit einer Waffe Zutritt zur Wohnung seiner Ex-Geliebten verschafft, deren Freund gefesselt und diese danach vergewaltigt.

Jetzt endlich - siehe oben - steht ein Verfahren gegen M. an, in welchem er auch für seinen brutalen Angriff auf aktive Mitstreiter des Jugendvereins solid am 13. April 2012 zur Rechenschaft gezogen werden soll. (hw)

von unserem Redaktionsmitglied Michael Matthes

Teil 1 in der Juli-Ausgabe der LinksWorte endete mit der Feststellung „Ohne sozialistische Demokratie kein demokratischer Sozialismus“ und mit dem Hinweis, DieLinke bezieht ihre Glaubwürdigkeit in dieser Sache daraus, ob sie sozialistische Demokratie innerhalb der Partei praktiziert. Nur das eigene Beispiel überzeugt andere. Immer mal wieder wird die Forderung nach Basisdemokratie oder mit anderen Worten nach Volksdemokratie laut. Früher bezeichnete sich sogar eine Staatengruppe als Volksdemokratien. Die Sache wird nicht dem Volke näher, indem man aus der „Volksherrschaft“ eine „Volks-Volks-Herrschaft“ macht. Häufig hat man den Eindruck, dass geglaubt wird, Basisdemokratie sei die bessere Demokratie. Durchdenkt man es gründlich, kommt man zu dem Schluss, das kann so nicht funktionieren. Aber das Leben ist praktisch. Als Hort basisdemokratischer Entscheidungen gilt das politische System der Schweiz. Dort zu Lande gibt es drei Ebenen politischer Entscheidung, und dies lässt

sich durchaus mit Deutschland vergleichen. Da ist zunächst die kommunale Ebene. Dort entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, was in ihrem Gemeindefeld abgeht. Soll zum Beispiel eine Brücke im Ort gebaut werden, entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, ob oder ob nicht. Wenn ja entscheiden die Bürgerinnen und Bürgerinnen auch darüber, dass die Kosten von den Einwohnern getragen werden müssen und wie hoch die Lasten sind. Und wenn dies durch „Volksentscheid“ geklärt ist, geht man ans Werk. Die Einwohner eines Ortes entscheiden aber auch vor Ort, ob jemand, der bisher als Gast unter

ihnen lebte, Schweizer Staatsbürger werden kann oder nicht. In der zweiten, der Kantonebene und in der dritten, der Bundesebene gibt es Parlamente mit gewählten Abgeordneten und einer repräsentativen Volksvertretung. Besondere Schwerpunktentscheidungen werden jedoch wieder basisdemokratisch durch Volksabstimmung gefällt. So zeigt sich dann, dass landesweite Tendenzen vom Volke getragen werden. Als Beispiel gelte der fast fertige 56 Kilometer lange Eisenbahntunnel unter dem Gotthard-Massiv. Das Bauvorhaben hat tatsächlich des Volkes Zustimmung. Bei Minaretten war das eben nicht der Fall. In der Schweiz funktioniert das gut. Mit einem Schulfreund, den es nach der Wende in die

Schweiz verschlagen hatte,



habe ich genau dies nächtelang diskutiert. Meine Erfahrungen als Gemeinderat spielten dabei keine untergeordnete Rolle. Wir kamen zu dem Schluss, wenn man es denn wollte, dies in Deutschland so zu handhaben, wie die Schweizer es tun, endete das mit einem Fiasko. In der Schweiz hat der Volksentscheid eine Jahrhunderte währende Tradition – Wilhelm Tell lässt grüßen. Und es funktioniert deshalb gut, weil es von den Schweizern so gewollt wird. Schaut man genauer hin, hat das Verfahren natürlich auch Macken. Mancher Volksentscheid kommt sehr hinterwäldlerisch daher und manches dauert und dauert. Aber

eins ist unbestritten. Jeder Entscheid zeigt, wo des Volkes Mehrheit bewusstseinsmäßig steht. Demokratie will gelebt sein. Und Demokratie geht nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg. Sonst herrschen die Amtsstuben. Und wieder stehen wir vor dem Problem: Veränderungen sind nur Schritt um Schritt zu erreichen nämlich dann, wenn sie von einer Mehrheit als ihren Interessen entsprechend gewollt wird. Und da gutes Beispiel immer Schule macht, kann es unsere Partei vormachen. Doch auch hier geht dem wie immer eine intensive Basisdiskussion voraus. Die Frage ist, in welchen Ortverbänden sind diese Dinge Thema.

sich nach objektiv und unabhängig vom Einzelwillen verlaufenden Gesetzen. Die Wissenschaft kennt wiederum nur ein Verfahren: Eine Hypothese ist FALSCH oder RICHTIG. Dies entscheidet die gesellschaftliche Praxis. Da ist Pluralismus ein heikles Geschäft. Wenn man sich die Bundes- und auch die Landesarbeitsgemeinschaften so ansieht, da ist vieles von den Merkmalen einer Sekte zu erkennen. Wichtig scheint oft das in Satzungen verankerte Recht, Delegierte in die Gremien entsenden zu können. Pluralismus als Merkmal dürfte in dem Sinne Berechtigung haben, dass das gesamte Feld gesellschaftlichen Engagements nicht von Einzelnen bestritten werden kann. Pluralismus

scheint demzufolge nur dahingehend Berechtigung zu haben, wo es um Detailverständnis auf einzelnen Politikfeldern geht.

Und damit kommt man zu einer weiteren Erscheinung im Umfeld der Demokratiefähigkeit unserer Partei. Wenn sich Erscheinungen herausbilden, dass die freie demokratische Entscheidung dahingehend eingeschränkt wird, dass ein bestimmter Personenkreis sich anmaßt, sich als besonders geeignet zur Führung der Partei zu präsentieren und durch Verbiegung einfacher demokratischer Grundsätze, immer wieder einflussreiche und einträgli-

Es zeigt sich, sozialistische Demokratie braucht eine Grundlage im Denken der Menschen, oder genauer im Denken der Genossinnen und Genossen vor Ort. Durch Genossinnen und Genossen, die in der Verantwortung stehen, wird oft betont, DieLinke sei eine pluralistisch ausgerichtete Partei, und dies zeichne sie aus. Was ist davon zu halten? Gehen wir zur Kardinalfrage zurück, nämlich der Frage: Entwickelt sich die Gesellschaft nach Gesetzen, die vom Willen des Menschen unabhängig und zwangsläufig ablaufen, oder nicht. Die Frage sollte beantwortet sein. Die Gesellschaft entwickelt

che Plätze zu besetzen, dann ist das der Tod sozialistischer Demokratie vorgezeichnet. Eine Nomenklatura bildet sich heraus. Um sich jeder Kritik und Verantwortung zu entziehen, werden Grundsätze demokratischer Entscheidungsprozesse verbogen und damit außer Kraft gesetzt. Sozialistische Demokratie bleibt auf der Strecke. Damit wären wir wieder am Ausgangspunkt. Ohne sozialistische Demokratie kein demokratischer Sozialismus. Und weiter als Zitat aus Teil 1 dieses Beitrages: „Wer den demokratischen Sozialismus will, Sorge für sozialistische Demokratie in seinem Umfeld.“

Fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem er neben dem Parteivorsitz in Sachsen auch den Fraktionsvorsitz der LINKEN im Landtag übernommen hat, kam Rico Gebhardt am 7. und 8. im Rahmen seiner Sommertour in den Kreisverband Mittelsachsen. Zwischen den Stationen

beisteuern, der Info-Stand und die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Rochlitz kamen wegen unseres Redaktionsschlusses leider zu spät.

Im Niederwieser Ortsteil Braunsdorf - unterhalb von Schloss Lichtenwalde - informierte sich Rico Gebhardt in der Historischen Schauweberei Tannenhauer und

regionale Produktionsgeschichte der Weberei bzw. der Mühlen. Als sachkundige Gesprächspartner erwiesen sich Museumsleiterin Andrea Weigel, (das Museum „Historische Schauweberei“ gehört zur Gemeinde Niederwies) und Bürgermeisterin Ilona Meier (Bürgerinitiative Niederwies). In der Webermühle Braunsdorf mit

Hat Gebhardt den öffentlichen Pass gespielt?

„Rot-rot-grün-Woche“ im „neuen deutschland“. Montags Chefredakteur Tom Strohschneider mit dem „rot-rot-grünen Gespenst“ im Feuilleton, tags darauf Hendrik Lasch mit dem „erneuerten Angebot für eine rot-rot-grüne Koalition in Sachsen“ auf der Politik-Seite. Untermalt durch bunte Briefklammern bzw. scharfe Paprika in den entsprechenden Farben (die beiden Rot sehen sich dabei verdammt ähnlich). Dazu ein passender Kommentar von Lasch aus dem Fussballer-Jargon unter dem Motto „Öffnender Pass“.



Montage: Weiske

Im Bund hat Gysi das Tor zum Dialog mit Rot und Grün erneut aufgestoßen, in Sachsen Gebhardt den öffnenden Pass gespielt, um das Tor der Schwarzen zu bedrohen. Übrigens: In Fussballerkreisen kursiert auch der Begriff des „tödlichen Passes“. Kann der 2014 in Sachsen gespielt werden?



Rico Gebhardt auf Sommertour im Landkreis Mittelsachsen. Links am Info-Stand auf dem Marktplatz in Frankenberg im Gespräch mit Genossen Bernd Hommel. Auf dem rechten Bild lässt er sich in der Historischen Schauweberei Tannenhauer in Niederwies/Braunsdorf von der Museumsleiterin Andrea Weigel den Webprozess erläutern.

Zwickau und Lichtenstein bzw. Bad Schandau, Altenberg und Pirna besuchte er Niederwies, Frankenberg und Rochlitz. Zum Tag in Niederwies und Frankenberg können wir einige Impressionen

in der - ebenfalls historischen - Webermühle zum einen über das erneute „Jahrhundert-Hochwasser“ welches das gesamte Zschopautal zum zweiten Male nach 2002 arg beutelte, zum anderen über die

ebenfalls über 100jähriger Tradition stand Geschäftsführer Wolfgang Rolle Rede und Antwort. Am frühen Nachmittag organisierten die Frankenberger Genossen einen Informationsstand. (hw)

wahlkampagne des kreisverbandes der linkspartei in guten händen - ein situationsbericht

Bereits in unserer Augustausgabe des vergangenen Jahres informierten die Kreisgeschäftsführerin Ute Rehnert und die Geschäftsstellenleiterin Ruth Fritzsche ausführlich über die Vorbereitung der Wahlen in den Jahren 2013 bis 2015. Seit 5. September 2012 kommt der kreisliche Wahlstab regelmäßig zusammen und beschäftigte sich mit wichtigen organisatorischen Fragen des Wahlkampfes. Jetzt - fast ein Jahr später - ist mit den Bundestagswahlen die direkte Hürde im Wahlmarathon aufgebaut.

Die Parteien haben begonnen, ihre Wahlplakate zu präsentieren - die SPD dürfte sich dabei mit ihrer „Merkel - Kritik“ ein klassisches Eigentor geschossen haben. Das ist aber nicht das Problem der LINKEN. Der Kreisverband steht vor der Aufgabe, die Wahlkampagne (dazu ausführlich auf den Seiten -4- und -5-) mit Leben zu erfüllen. Wichtige Orientierungen

gab es monatlich beim Wahlplenar des Landesverbandes. Dort hat Lars Kleba die Zügel in der Hand, ein „alter Brand-Erbisdorfer“, der nach einem Abstecher ins Karl-Liebknecht-Haus in Berlin nach Sachsen zurückgekehrt ist.

Seit der Beratung des Wahlstabes am 5. Juli ist es sehr konkret geworden. Themen-, Personen- und Großplakate, Flyer, Veranstaltungen

mit Spitzenleuten der LINKEN, Verteilung der Wahlzeitung, Kleinwerbmittel usw. usf., alles nimmt immer konkretere Formen an.

Die „ganz heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes wird am 19. August mit einer Beratung der Orts- und Basisgruppenvorsitzenden eingeleitet, der eine weitere Besprechung des Wahlstabes vorausgeht.



für Ausgeschlafene und Langschläfer („Am Sonntag im Bett bleiben!“) macht DIE LINKE Werbung für die Briefwahl vor dem 22. September.

Was steht uns im Wahlkampf u.a. zur Verfügung:

- Insgesamt sieben verschiedene **Themenplakate** (dargestellt auf Seite -5-)
- **Personenplakate** mit Gregor Gysi, Katja Kipping und (im Wahlkreis 163) Jörn Wunderlich
- Die auf die spezifischen Belange der einzelnen Bundesländer zugeschnittene **Wahlzeitung der LINKEN**
- **Kurzwahlprogramme** mit den inhaltlichen Schwerpunkten der LINKEN (siehe Seite -4-)
- **Personenflyer** von Lothar Schmidt (Wahlkreis 161) und Jörn Wunderlich (Wahlkreis 163)
- **Kleinwerbmittel** und spezielle Materialien für den 48-Stunden-Wahlkampf

kreisvorstand aktuell

(Redaktion) Wir haben an dieser Stelle über die Beschlüsse des Kreisvorstandes auf seiner Sitzung am 1. Juli berichtet und die Ergebnisse der Beratung des Wahlstabes am 5. Juli in unsere Berichterstattung zur Vorbereitung der Bundestagswahlen in unserer Juli-Ausgabe und im aktuellen Heft einfließen lassen.

Planmäßig findet im Monat August keine Sitzung des Kreisvorstandes statt. Der „Rundumschlag“ in Vorbereitung der Bundestagswahlen erfolgt am 19. August in Siebenlehn. Für diesen Tag ist die Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden und zuvor die Sitzung des Wahlstabs terminiert.

Inzwischen konnte - vor allem mit riesengroßem persönlichen Engagement der Genossinnen Brigitte Hübler und Ruth Fritsche vor allem beim Ein- und Auspacken der vielen Umzugskisten - der **Umzug der Kreisgeschäftsstelle** abgeschlossen werden. Sie befindet sich, wie bereits in unserer Juli-Ausgabe gemeldet, künftig in der Poststraße 9 in Freiberg. An der Telefon- und Fax-Nummer sowie dem Email-Anschluss der Kreisgeschäftsstelle hat sich nichts geändert. Wie ebenfalls bereits informiert, ziehen zum 1. September das Bürgerbüro von MdL Jana Pinka mit ihrem Mitarbeiter Peter Zimmermann und die Geschäftsstelle der Kreistagsfraktion mit Mitarbeiterin Sabine Lauterbach in die Poststraße 9 um.



So erreicht man die neue Kreisgeschäftsstelle
Bitte beachten, dass die Poststraße Einbahnstraße in Richtung B 173 ist. Die Zufahrt von der B 173 ist deshalb am günstigsten über die Eherne Schlange. Dort bestehen auch (linksseitig) Parkmöglichkeiten.

zum schmunzeln

Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwieriger.

Kurt Tucholksy

Denken ist schwer, darum urteilen die meisten.

Carl Gustav Jung

unsere jubilare

unsere genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



Im monat september 2013 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Edith Schulz	geb. am 05.09.1928,	in Wendisch Rietz
Anton Scharding	geb. am 09.09.1926,	in Döbeln
Hildegard Hintersdorf	geb. am 12.09.1928,	in Mittweida
Walter Ledig	geb. am 14.09.1920,	in Weißenborn
Lothar Kötzsch	geb. am 14.09.1932,	in Brand-Erbisdorf
Erhard Henoeh	geb. am 15.09.1922,	in Döbeln
Sonja Enge	geb. am 18.09.1927,	in Burgstädt
Gert Wittig	geb. am 18.09.1948,	in Oederan
Lore Scholz	geb. am 19.09.1933,	in Mittweida
Elfriede Stein	geb. am 19.09.1926,	in Lunzenau
Margarete Schwarze	geb. am 20.09.1933,	in Burgstädt
Hella Jura	geb. am 20.09.1953,	in Brand-Erbisdorf
Wilrun Küchenmeister	geb. am 21.09.1925,	in Freiberg
Werner Busch	geb. am 21.09.1931,	in Waldheim
Ingeborg Delling	geb. am 21.09.1938,	in Augustusburg
Karin Ponzel	geb. am 23.09.1953,	in Freiberg
Horst Riesmeier	geb. am 23.09.1938,	in Mittweida
Elfriede Baran	geb. am 24.09.1928,	in Leisnig
Siegfried Fritzsche	geb. am 27.09.1931,	in Burgstädt
Harald Oehmichen	geb. am 30.09.1930,	in Halsbrücke
Helmuth Elschner	geb. am 30.09.1920,	in Penig

jahrestage 2013 - monat september

20. September 1863: Jacob Grimm (Sprachwissenschaftler) verstorben.

29. September 1863: Hugo Haase (SPD-Politiker, MdR, USPD) geboren.

17. September 1913: Heinz Kapelle (KJVD, Widerstandskämpfer) geboren.

29. September 1913: Rudolf Diesel (Ingenieur, Erfinder des gleichnamigen Motors) verstorben.

14. September 1923: Wilhelm Pfannkuch (SPD-Politiker, MdR) verstorben.

21. September 1933: Beginn des Reichstagsbrandprozesses in Leipzig.

25. September 1943: Kurt Rosenfeld (Vorsitzender der SAP) verstorben.

1. September 1948: In Bonn tritt der Parlamentarische Rat zusammen, gewählt von den Mitgliedern der westdeutschen Landtage.

15./16. September 1948: Der Parteivorstand der SED distanziert sich vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Anton Ackermann muss kurz darauf öffentlich Selbstkritik üben.

19. September 1948: August Thalheimer, Mitbegründer der KPD (O) verstorben.

11. September 1983: Militärputsch in Chile.

16. September 1993: Urteilsverkündung im Prozess gegen Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

1. September 1998: NS-Urteile aus politischen, militärischen, rassistischen und religiösen Gründen werden bundeseinheitlich aufgehoben.

Terminübersicht

August 2013:

- 18.08. 10:30 Uhr Ehrung von Ernst Thälmann
Freiberg, Mahnmal am Meißner Ring
- 19.08. 15:30 Uhr Wahlstab des Kreisvorstandes der LINKEN
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 19.08. 18 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände und Basisorganisa-
tionen der LINKEN
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 26.08. 18 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha mit MdB
Sabine Zimmermann
- 27.08. 18 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg mit
dem stellvertretenden Parteivorsitzenden **Axel Troost**
- 28.08. 19 Uhr Wahlveranstaltung mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im
Bundestag, **Gregor Gysi**, auf dem Marktplatz von Döbeln
- 31.08./01.09. Landesparteitag der sächsischen LINKEN

September 2013:

- 02.09. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle, Freiberg, Poststraße 9
- 03.09. 10 Uhr Kochtour mit **Peter Porsch, Stefan Hartmann und Falk Neubert** auf
dem Markt Mittweida (siehe auch Seite -5-)
- 08.09. Ehrung der Opfer des Faschismus an den Gedenkstätten
- 19.09. ganztags **Katja Kipping** auf „Wahltour 2013 in Sachsen“ im Landkreis Mittel-
sachsen (Döbeln, Rochlitz, Freiberg)
(Details in der Septemбераusgabe)
- 20./21.09. 48-Stunden-Wahlkampf zur Bundestagswahl
- 22.09. Bundestagswahl

Kinder- Schüler- Uhren
mit eigenem Vornamen
alle Vornamen möglich

Das Geschenk ... zum Schulanfang
... zum Geburtstag
... zu Weihnachten

Kinderuhren mit eigenem Namen

Zu erwerben bei:

Uhren & Schmuck
Henning Pätz
Heubnerstraße 4
09599 Freiberg

Telefon: +49 (0) 3731 22593

Für die Leser/innen der „LinksWorte“ beträgt der Preis statt 49,90 € nur 45,00 €. Das Angebot ist bis Weihnachten gültig. Also bitte die oben stehende Anzeige ausschneiden, aufheben und bei Bestellung der Uhr mitbringen.

die linke! DIE LINKE.
EIN SONDERHEFT DER MITGLIEDERZEITSCHRIFT DISPUT
Sommer 2013 GRATIS

Auch nach der Wahl sozial

100% garantiert®

Mitmachen Spenden Gewinnen

„Scharfer Wahlkampf-Auftakt“ mit Sonderheft des DISPUT

Anfang August landete bei allen Mitgliedern der LINKEN ein aus Anlass des Bundestagswahlkampfes herausgegebenes Sonderheft der Mitgliederzeitschrift DISPUT im Briefkasten. Links die Titelseite, rechts die Kopfseite des beiliegenden Aktivierungs-Flyers. Beiliegend ist auch ein Überweisungsauftrag für eine Wahlkampfspende und eine Unterschriftenliste zur Unterstützung des Bündnisses Umfairteilen. Hoffentlich regt das interessant und informativ gestaltete Heft auch den einen oder anderen aus unserer Leserschaft dazu an, den DISPUT zu abonnieren. Enthalten sind u.a. in griffigen Schwerpunkten zusammengefasste Anmerkungen zum fast 100-seitigen „besten Wahlprogramm aller Parteien“ und ein Interview mit dem Wahlkampfleiter und Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter rufen auf: Wählt DIE LINKE.

Hüseyin Kenan Aydin, Gewerkschaftssekretär; Annette Becker, Betriebsratsvorsitzende; Elke Behmer, Stellv. Betriebsratsvorsitzende; Andreas Bernig, Stellv. Landes-

Mach mit!
Gemeinsam für deine Interessen.
Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie.
DIE LINKE.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen.

Leonore Kasper aus Freiberg
Horst Becker aus Freiberg

Wir werden ihr stets unser ehrendes Gedenken bewahren.